

## Meine Meinung:

Und sie bewegt sich doch! ... auf jeden Fall die Sonne – die macht eine Wende! Ob sich die EAG bzw. deren Eigentümervereiner in der Politik auch einmal von ihrem Freileitungsstandpunkt auf die betroffene Bevölkerung zu bewegen, ist offen. Es ist jedoch von einem normalen Bürger einfach nicht zu verstehen, dass einerseits das Land OÖ stolz ist, ungeachtet der Kosten eines der modernsten Musiktheater in Linz gebaut zu haben, und andererseits bei der Stromübertragung jene Technik anwenden will, die schon nach dem 2. Weltkrieg verwendet wurde.

Es ist schön und ein Akt gelebter Demokratie, dass sich die betroffenen Grundeigentümer weder einschüchtern noch überumpeln lassen, für die billigste Lösung der Aktiengesellschaft ihren Grund herzugeben. Ebenso schön ist es, dass auch die Gemeinderäte der wesentlich betroffenen Gemeinden Peterskirchen, Taiskirchen, Zell an der Pram und Raab mit klaren Gemeinderatsbeschlüssen für eine Verkabelung hinter ihrer Bevölkerung stehen. Daher ist es eigentlich ein logischer und notwendiger Schluß, dass sich auch die „Hauptlinge“ in einer demokratischen Linie hinter Bürger und Gemeinderäte stellen / bewegen. Also Demokratie von der Basis und nicht von oben herab.

Hans Zahlberger

## Es wird spannend: Die Leitungsgegner sehen gute Argumente auf ihrer Seite

BEZIRK RIED, RAAB. 110-kV-Leitung Ried-Raab: Es gibt viele Argumente gegen diese Leitungskapazität.

„Ich freue mich schon auf das energierechtliche Genehmigungsverfahren“, sagt Bernhard Wiesinger aus Zell an der Pram, ein Aktivist gegen die geplante 110-Kilovolt-Stromleitung: „Dabei muss von der Behörde untersucht werden, ob ein öffentliches Interesse besteht und eine Notwendigkeit.“ Das nachzuweisen, werde der Energie AG Oberösterreich nicht gelingen.

Alle Wirtschafts- und Bevölkerungsprognosen würden gegen ein starkes Stromverbrauchswachstum sprechen. Die Bevölkerung werde im Bezirk Scharding in den nächsten Jahrzehnten leicht abnehmen. „Das sind alles Fakten, die eine so stark dimensionierte Freileitung nicht rechtfertigen“, sagt Wiesinger. Eine Leitungskapazität von 30 Kilovolt sei

für die nächsten Jahrzehnte ausreichend. Das bestätigte der Gutachter des Landes Oberösterreich. Eine solche Kabeldimension könne außerdem kostengünstig in den Boden eingepflügt werden. „Wir sind bereit, der Energie AG Kabelservitute einzuräumen“, sagt der Freileitungsgegner.

84 Masten werden gebraucht

Die Energie AG hatte mitgeteilt, dass sie im Sommer die Unterlagen für das energierechtliche Verfahren bei der Behörde einreichen werde. Eine 30-kV-Leitung über eine so lange Distanz sei nicht technischer Standard; eine Verkabelung sei teuer und bringe Sicherheitsprobleme.

Insgesamt will die EAG 20 Millionen Euro investieren; 84

Masten sollen errichtet werden, um den Raum Raab zu versorgen. Wegen Protesten hatte sie das Projekt bereits zurückgezogen. Weil die Pramtal-Gemeinden es in einer Resolution forderten, wurde es wiederbelebt. Die Leitungsgegner glauben, dass es der Energie AG in Wirklichkeit um eine Transitschiene ins Donautal gehe, dass sie das Gesamtprojekt dafür aus taktischen Gründen aber nicht einreichen wolle: „Sie würde sich damit eine Abfuhr holen, weil sie ja für den Transit bestehende Leitungen des Verbundkonzerns nützen könnte. Dafür müsste sie allerdings Leitungsgebühr zahlen. Dieses Geschäft will die EAG mit einer eigenen Leitung selbst machen.“ Für ein Transitprojekt wollen sich die Grundeigentümer im Innviertel aber keinesfalls hergeben.

Quelle: OÖN, 6. Juni 2013

## Stromschiene Pramtal vor Einreichung

PRAMTAL. Für die von vielen Anrainern abgelehnte 110-kV-Freileitung, die über 18 Kilometer von Ried nach Raab führen soll, um die Stromversorgung in Teilen des südlichen Pramtals zu verbessern, startet laut Projektbetreibern die energierechtliche Prüfung beim Amt der Landesregierung.

Es habe viele Abstimmungsgespräche mit Gemeinden, Grundstückseigentümern, Behörden und Interessenvertretern gegeben, so die Projektanten, die auf eine Resolution aus 14 Gemeinden zur Stärkung der Stromversorgung verweisen. Die von den Freileitungsgegnern geforderte Erdkabel-Variante wird von den Projektanten weiterhin abgelehnt. In Raab soll ein Umspannwerk entstehen,

von dem aus die Region mit 18.000 Haushalten, 3000 Landwirtschaften und rund 3000 Betrieben versorgt werden soll. Die Gesamtkosten werden mit rund 20 Millionen Euro beziffert, die Freileitung sei die „technisch beste Lösung“. Und freilich auch die wirtschaftlich interessanteste, zumal Erdkabel teurer kommen. Eine Versorgung via vielfach gefordertes 30-kV-Netz würde allein an Transportverlusten die Stromerzeugung von mehr als 300 modernen Photovoltaikanlagen vernichten, behaupten die Projektbetreiber.

Offenlegung gefordert

Betroffene Grundstückseigentümer und Gegner der Freileitung fordern unterdessen offenbar eine Of-

fenlegung von Strombeförderungsverträgen. Es gelte, im Verfahren objektiv die materielle Wahrheit zu ermitteln, so ein betroffener Grundeigentümer. Das betreffe auch die Frage, ob die geplante Leitung wirklich im öffentlichen Interesse liege oder bloß wirtschaftlichen Interessen der Antragsteller diene.

In den Raum gestellt wird seitens vieler Freileitungsgegner die „Vermutung, dass es sich um den ersten Teil einer Stromtransittrasse“ handle. Für die Versorgung der Region allein sei unter realistischen Bedingungen ein 30-kV-Erdkabel für die nächsten 100 Jahre ausreichend.

Quelle: OÖN, 18. Juni 2013



# JOURNAL



## Schlechte Verträge der Energie AG mit dem Verbund Der Grund für die Sturheit

Das Rätsel, warum die Energie AG stur an ihrem Plan festhält, die Stromtrasse von Ried nach Raab als 110kV Freileitung zu errichten, ist gelöst. Eine zentrale Rolle spielen dabei die schlechten Verträge der Energie AG mit dem Verbund.

Wieviel der Raum Raab inklusive Umlandgemeinden an Strom braucht, steht außer Streit: 17 Megawatt nennt Univ.Prof. Lothar Fickert, der Amtsgutachter der oö Landesregierung, als Basis für seine Berechnungen. Eine 110 kV Freileitung transportiert jedoch mehr als das Zehnfache dieser Leistung – über 200 Megawatt Strom (siehe Seite 3). Viele betroffene Grundeigentümer vermuten daher seit Jahren, dass die geplante 110kV Freileitung gar nicht zur Versorgung der fünftausend Haushalte der Region Raab geplant ist, sondern nur den ersten Teil einer Strom-Transit-Trasse von Ried nach Ranna darstellt. Denn parallel zu der von der Energie AG geplanten 110kV Leitung, in etwa 15 km Abstand, existieren bereits zwei 220kV Leitungen der Verbund-Leitungs-Tochter Austria Power Grid APG (nach Jochenstein bzw. nach Aschach). Diese könnten mit geringem Mehraufwand den Transitstrom der Energie AG mit-transportieren. Für die Energie AG hat die Nutzung der APG-Leitungen allerdings einen Haken: Sie

hat mit der APG dem Vernehmen nach so unvorteilhafte Verträge abgeschlossen, dass sie quasi doppelt zahlt. Einmal bei der Entnahme aus dem 380kV Netz der APG und später erneut bei der Entnahme aus dem 110kV bzw. 220kV Netz der APG. Die zwischenzeitliche Einspeisung von Strom in das Netz der APG wird der Energie AG hingegen nicht abgegolten. Bernhard Wiesinger in einer Presseaussendung vom 13. Juni: „Es kann nicht sein, dass die Energie AG auf Kosten der Innviertler unnötig eigene 110kV Freileitungen baut, nur weil ihr Management nicht fähig oder willens ist, ordentliche Verträge mit dem Verbund auszuhandeln.“

Anfrage an Anschober

Um zu beweisen, dass das eigentliche Ziel der Energie AG eine eigene Strom-Transit-Trasse von Ried ins Donautal ist, haben Hans Zahlberger, Bettina und Herbert Wagneder und Bernhard Wiesinger, stellvertretend für die Schutzgemeinschaft 110kV, am 12. Juni per Anwalt eine

offizielle Anfrage an Landesrat Rudi Anschober auf Offenlegung der Strom-Beförderungs-Verträge der Energie AG mit der APG gestellt. Diese Anfrage stützt sich auf das Umweltinformationsgesetz und ist binnen 8 Wochen zu beantworten. Wiesinger: „Als zuständige Behörde für die Genehmigung der 110 kV Freileitung ist Landesrat Anschober verpflichtet, im Verfahren objektiv die materielle Wahrheit zu ermitteln. Das betrifft auch die Frage, ob die geplante Leitung wirklich in öffentlichem Interesse liegt oder bloßen wirtschaftlichen Interessen der Energie AG dient. Wir gehen davon aus, dass Anschober die APG-Verträge kennt und sie uns gesetzeskonform auch offenlegen wird.“ Nachsatz: „Sollte Anschober die Verträge noch nicht kennen, ist es im Sinne eines juristisch unangreifbaren Verfahrens jetzt höchste Zeit, sie von der Energie AG einzufordern.“

Die Anfrage im Wortlaut auf <http://www.schutzgemeinschaft.at>

# Chronologie 2013

## Mitte Jänner/ Anfang Februar

Vorstellung der Pläne der Energie AG zum Bau einer 110kV Freileitung von Ried nach Raab im GemRat von Peterskirchen, Taiskirchen, Zell an der Pram und Raab. Teilweise werden auch Betroffenen eingeladen, jedenfalls werden sie in der Folge persönlich kontaktiert.

## 30. Jänner

Diskussion der Schutzgemeinschaft über die weitere Vorgehensweise in Taiskirchen (Gasthaus Ziegler) mit ca. 150 Teilnehmern.

## 10. März (Fotos???)

Exkursion der Schutzgemeinschaft nach Salzburg (Gastwirt) und Lengau, um sich live die Erfahrungen mit einem 110kV Erdkabel im Vergleich zu einer 110kV Freileitung anzusehen bzw. -hören.

## 12. März

Leuchtstoffröhren leuchten ohne Stromanschluss - anschauliche Demonstration der von einer 110kV Freileitung abgestrahlten Spannung in Hohenzell.



## 13. März

Eine für 20. März geplante Veranstaltung zur Stimmungsmache für das 110kV Freileitungs-Projekt wird von den WKÖ-Bezirksstellen Ried und Schärding wegen mangelnden Interesses wieder abgesagt.

## 21. März

Vorstellung von MMag. Dr. Karl Arlamovsky (Rechtsanwalt) in Blümling.



Einstimmiger Beschluß des Gemeinderates Zell an der Pram für eine Verkabelung. Damit haben sich die Gemeinderäte aller betroffenen Gemeinden für eine Kabellösung ausgesprochen.

## 22. März

Präsentation des Standard-Options- bzw. Standard-Servitutsvertrages für eine 110kV Freileitung durch die BBK Ried und Schärding (in Eschried bzw. Andorf). Die Schutzgemeinschaft stellt ihrerseits Standard-Verträge für eine Kabellösung vor -nach Salzburger Muster.

## 26. März

Diskussion in der BBK Ried über die geplante 110kV Freileitung mit über 200 Teilnehmern. Einmal mehr wird deutlich, dass praktisch alle Betroffenen eine Verkabelung wollen.

## Ende März

Die „Hausbesuche“ der Energie AG beginnen. Die Grundeigentümer sind gut vorbereitet. Unterschriften für die 110kV Freileitung gibt es keine.

## 25. April

Bei einer Info-veranstaltung der Salzburger Firma IFK in Taiskirchen (Gasthaus Ziegler) über das Einpfügen von Erdkabel wird bestätigt, dass die Verlegung von 3-systemigen 30kV Kabeln täglich gelebte Praxis ist. Zufällig werden die BGM der Region Pramtal Süd genau zur selben Zeit zu einem Treffen mit LRat Hiebelsberger zusammengerufen.



## Mai

Die „Hausbesuche“ der Energie AG gehen weiter. Unterschriften für die 110kV Freileitung gibt's noch immer keine.

## 23. Mai

Die Grünen im Bezirk Ried und Schärding mit ihrer Frontfrauen Maria Wageneder und Veronika Hintermair beschließen die Unterstützung der Kabellösung.



## 29. Mai

LRat Rudi Anschöber zeigt bei einem Termin mit der Schutzgemeinschaft Verständnis für eine Kabellösung, argumentiert aber im Genehmigungsverfahren nur einen engen Spielraum zu haben. Die Forderung der Pramtal Süd Bürgermeister nach einer Stromlösung sei in Linz eindeutig als Forderung nach einer 110kV Freileitungs-Lösung kommuniziert worden.



## 4. Juni

Auf Einladung von Hans Weirethmüller (Taiskirchen) präsentiert die Schutzgemeinschaft erstmals ihre Argumente vor den Bürgermeistern der Pramtal Süd. In einer lebhaften Debatte outhen sich vor allem Vertreter von Raab und Andorf als Freileitung-Fans. Ergebnis: Die Pramtal Süd schickt nochmals einen Brief an LRat Anschöber.

## 12. Juni

Per Umweltinformationsgesetz verlangen Bettina, Bernhard, Hans und Herbert stellvertretend für die Schutzgemeinschaft von LRat Rudi Anschöber die Offenlegung der Strom-Beförderungsverträge der EAG mit dem Verbund (APG). Diese sind der eigentliche Grund, warum die EAG eine 110kV Transit-Trasse bauen will.

## 20. Juni

Der Unabhängige Bauernverband (Hans Ketter) kritisiert bei der LWK-Vollversammlung die Praxis der Kammer, Servituts-Verträge mit der Energie AG auszuhandeln, ohne vorher ein Mandat der betroffenen Grundeigentümer einzuholen, und fordert eine Änderung.



## Lösung für die Region Pramtal

### Warum ein 30kV Kabel genügt

Um die Region Raab zukunfts-sicher mit Strom zu versorgen reicht ein 30kV Kabel. Drei Systeme mit einem Querschnitt von 500 mm<sup>2</sup> lassen sich problemlos einpfügen. Das kommt billiger als eine 110kV Freileitung.

Amtsgutachter Prof. Lothar Fickert hat auf intensive Nachfrage der Schutzgemeinschaft bereits 2008 die Möglichkeit einer 30kV Verka-

belung berechnet. Allerdings ging er dabei für die nächsten Jahrzehnte von einem jährlichen Stromzuwachs von 3 Prozent aus. Dagegen rechnet die eControl für Österreich mit einem jährlichen Stromzuwachs von lediglich 1,5 Prozent, die EU-Kommission mit 1,4 Prozent und das WIFO gar nur mit höchstens 1,1 Prozent. Die Auswirkung ist enorm: Während Fickert einem 30kV Kabel lediglich eine Versorgungssicherheit

von 34 bzw. 42 Jahren attestiert, kommt man selbst mit der relativ hohen Wachstums-Prognose der eControl auf eine Versorgungssicherheit von 68 bzw. 82 Jahren. Wenn die WIFO Prognose stimmt, reicht ein 30kV Kabel gar mehr als 100 Jahre. Die Kosten eines 30 kV Kabels liegen zudem bei nur rund der Hälfte bis zwei Drittel der Kosten einer 110kV Freileitung.

### Wie lange reicht ein 30kV Kabel?

3 Systeme mit Ø 500mm

	Jährlicher Stromzuwachs	Cu	Al
Amtsgutachter Fickert	3,0%	42 Jahre	34 Jahre
eControl	1,5%	82 Jahre	68 Jahre
DG TREN (EU-KOM)	1,4%		
WIFO	0,5% - 1,1%	100 Jahre	

### Zukunftsperspektiven Wie geht's weiter

Wenn die Energie AG ihre Ankündigung wahr macht und das energierechtliche Genehmigungsverfahren für eine 110kV Freileitung noch im Juni 2013 beim Land Oberösterreich einleitet, wird zunächst einmal mehr als ein Viertel der betroffenen Grundeigentümer über ihren Rechtsvertreter Dr. Karl Arlamovsky Parteistellung beantragen. Damit können sie hinsichtlich der Notwendigkeit der Leitung und der Frage, ob die Leitung in öffentlichem Interesse ist, Einwendungen machen. Konkret wird dabei über die gewagten Stromzuwachs-Prognosen von Amtsgutachter Fickert, über die wahren Motive der Energie AG (Transit-Trasse wegen schlechtem

Verbund Vertrag) und ähnliches gestritten werden. Grundeigentümer-Vertreter Arlamovsky: „Wir sind gut vorbereitet.“ Eine Entscheidung kann zunächst beim Wirtschaftsministerium und in letzter Instanz beim VwGH bekämpft werden.

„Enteignungen“ später

Völlig unabhängig vom energierechtlichen Verfahren laufen mögliche Verfahren zur zwangsweisen Einräumung eines Servitutes („Enteignungen“) ab. Zwar kann die Energie AG theoretisch ab positivem energierechtlichen Bescheid auch bereits „Enteignungs-Anträge“ beim Land Oberösterreich

stellen, dort hat man aber keine rechte Freude damit. Der zuständige Landesrat Rudi Anschöber: „Wir prüfen gerade ob wir überhaupt zuständig sind, oder, wie wir glauben, das Wirtschaftsministerium“. Bis zu den Nationalratswahlen am 29. September ist daher realistisch mit keinen Anträgen zu rechnen. Für die Zeit danach bleibt abzuwarten, ob die Landespolitik bereit ist, standhafte Grundeigentümer für ein zweifelhaftes 110kV-Transit-Projekt reihenweise zu „enteignen“. Schutzgemeinschaft-Sprecher Hans Zahlberger: „Je grösser unser Zusammenhalt beim Nicht-Unterschreiben für 110kV, desto besser unsere Chancen.“